

# Sachverständigenratsgutachten 2021/2022

## Angebotsseitige Engpässe dämpfen das Wachstum

Trotz zunehmender konjunktureller Erholung prägen die Auswirkungen der Corona-Krise weiterhin das Wirtschaftsgeschehen. Das Wachstum wird aktuell vor allem von angebotsseitigen Engpässen in den globalen Wertschöpfungsketten gebremst. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung (SVR) hat deshalb seine Wachstumsprognose für Deutschland für das laufende Jahr von +3,1 Prozent (Frühjahrsprognose) auf +2,7 Prozent reduziert. Im kommenden Jahr erwartet der Rat eine verstärkte Dynamik und prognostiziert ein BIP-Wachstum von +4,6 Prozent.

### 1.1 Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die Konjunktur hat sich im Zuge der Impffortschritte und der damit verbundenen rückläufigen Infektionszahlen vor allem in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften seit dem Frühjahr erholt. In vielen Schwellenländern hingegen hat sich die pandemische Lage zunächst weiter verschlechtert. Die konjunkturelle Dynamik der Weltwirtschaft hat sich im Jahresverlauf verlangsamt. Verantwortlich sind die globalen Liefer- und Kapazitätsengpässe, die die Industrieproduktion in vielen Ländern bremsen. Zugleich haben die Knappheiten zu einem deutlichen Preisanstieg, vor allem bei Rohstoffen geführt.

Der SVR geht davon aus, dass mit einer weiteren Eindämmung der Pandemie die weltweiten Wertschöpfungsnetze im kommenden Jahr zunehmend wieder ins Gleichgewicht kommen und sich die Engpässe nach und nach auflösen. In der Folge wird sich auch der Preisauftrieb abschwächen. Der SVR geht von einem Anstieg der weltweiten Wirtschaftsleistung um +5,7 Prozent im laufenden Jahr und von +4,4 Prozent im Jahr 2022 aus. Ein Prognoserisiko stellt der weitere Pandemieverlauf, insbesondere die Verbreitung der hochinfektösen Delta-Variante des Coronavirus dar. Entscheidend werden die globalen Fortschritte beim Impfen sein.

Auch der Welthandel hat sich in der Dynamik seit dem Sommer wieder abgeschwächt. Hintergrund sind die Kapazitätsengpässe im internationalen Seeverkehr und die damit verbundenen kräftigen Anstieg der Frachtkosten.

Die Lage auf den Arbeitsmärkten normalisiert sich zunehmend, allerdings weniger schnell als die gesamtwirtschaftliche Produktion. Während die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt, liegt das Arbeitsangebot noch deutlich unter dem Niveau von vor der Pandemie.

Die Inflation zieht in vielen Regionen derzeit stark an. Zum Teil ist dies ein Basiseffekt wegen des niedrigen Preisniveaus im Vorjahr. Zudem werden die engpassbedingten Preis- und Kostensteigerungen von den Unternehmen an die Kunden weitergegeben, außerdem



sorgt die in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hohe Konsumnachfrage für Preissteigerungen. Mit dem Auslaufen der Sondereffekte ist in den kommenden Monaten mit einer Beruhigung der Preissteigerung zu rechnen, die sehr niedrigen Inflationsraten der Vorkrisenzeit sind vorerst aber nicht mehr zu erwarten.

## 1.2 Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Die konjunkturelle Erholung in Deutschland, die im zweiten Quartal 2021 einsetzte, hat sich zuletzt verlangsamt. Insbesondere die tief in der Weltwirtschaft integrierte Industrie wird durch die globalen Liefer- und Kapazitätsengpässe ausgebremst. Die steigenden Energie-, Rohstoff- und Transportkosten belasten die Unternehmensergebnisse. Zumindest teilweise können sie an die Verbraucher weitergegeben werden, was die reale Kaufkraft schmälert. Der private Konsum dürfte auch durch das wieder steigende Infektionsgeschehen zunächst gedämpft werden.

Infolge der angebotsseitigen Engpässe ist zu erwarten, dass ein Teil der Industrieproduktion in das kommende Jahr verschoben werden muss. Der Sachverständigenrat hat deshalb seine Prognose für das Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2021 von +3,1 Prozent auf +2,7 Prozent reduziert. Nach einem schwachen Winterhalbjahr ist im Jahresverlauf 2022 eine verstärkte Dynamik zu erwarten, der Rat geht von einem BIP-Wachstum von +4,6 Prozent für 2022 aus. Voraussetzung hierfür ist, dass die Liefer- und Kapazitätsengpässe im Verlauf des kommenden Jahres abgebaut werden. Zudem unterstellt der SVR für seine Prognose, dass das Pandemiegeschehen durch gezielte und regionale Maßnahmen kontrolliert werden kann und ein erneuter Lockdown ausbleibt.

Ab dem Frühjahr 2022 ist mit einem spürbaren Anziehen des privaten Konsums zu rechnen. Die Infektionslage sollte sich bis dahin wieder normalisiert haben, zudem wird die reale Kaufkraft durch die nachlassende Inflation gestärkt. Der Rat erwartet eine jahresdurchschnittliche Inflationsrate von 2,6 Prozent im Jahr 2022, nach 3,1 Prozent in diesem Jahr.

Auch der Außenhandel und die Investitionstätigkeit werden sich nach Ansicht des Rates erst im kommenden Jahr wieder beleben. Angesichts des hohen Auftragsbestands ist bei zunehmender Entspannung der Lieferengpässe im Jahresverlauf 2022 mit einem dann zügigen Anstieg der Industrieproduktion und der Exporte zu rechnen. Gleiches gilt dann auch für die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland entwickelt sich positiv. Die Erwerbstätigkeit nimmt vor allem dank der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu. Im Jahresdurchschnitt 2021 wird die Zahl der Erwerbstätigen bei 44,892 Millionen Personen und damit praktisch auf dem Niveau von 2020 liegen. Für 2022 ist ein jahresdurchschnittlicher Anstieg um 482.000 auf 45,374 Millionen zu erwarten. Das wären wieder 106.000 mehr als im Vor-Corona-Jahr 2019. Parallel dazu geht die Arbeitslosigkeit zurück: im Jahresdurchschnitt

2021 um 62.000 auf 2,633 Millionen und im Jahresdurchschnitt 2022 um weitere 266.000 auf 2,367 Millionen. Die Arbeitslosenquote sinkt folglich von 5,9 Prozent im Jahr 2020 auf 5,7 (2021) bzw. 5,1 (2022) Prozent. Im Jahr 2019 lag die Quote bei 5,0 Prozent.

### 1.3 Wirtschaftspolitik

Der Sachverständigenrat sieht im Zuge der konjunkturellen Erholung eine Normalisierung der Geld- und Fiskalpolitik als wichtig an. Die während der Krise notwendige Erhöhung der Staatsverschuldung muss nun wieder zurückgeführt werden. Dabei sollten wachstums-schädliche Steuererhöhungen vermieden werden. Gleichzeitig müsse die Geldpolitik auf einen weniger expansiven Kurs einschwenken. Dies seien wichtige Rahmenbedingungen für den anstehenden Strukturwandel und ein nachhaltiges Wachstum.

Zur Stimulierung privater und öffentlicher Investitionen kommen die SVR-Mitglieder zu keinem einheitlichen Ergebnis und stellen zwei unterschiedliche Vorgehensweisen vor:

- Die Ratsmitglieder Veronika Grimm und Volker Wieland betonen die bedeutendere Rolle der privaten Investitionen im Vergleich zu den öffentlichen. Um erstere zu stimulieren sind die richtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen notwendig, z. B. durch eine Ausweitung der steuerlichen Forschungsförderung oder die Fokussierung auf den CO<sub>2</sub>-Preis als technologieneutralen Anreiz für Investitionen. Die beiden Professoren betonen die Bedeutung der Einhaltung der Schuldenbremse. Spielräume für mehr öffentliche Investitionen sollten vielmehr durch eine Priorisierung gegenüber konsumtiven Ausgaben geschaffen werden.
- Monika Schnitzer und Achim Truger hingegen sprechen sich für eine Privilegierung von investiven Ausgaben innerhalb von Schuldenregeln aus. Eine Möglichkeit sehen sie in der Nutzung rechtlich selbstständiger Extrahaushalte (z. B. privatrechtliche Unternehmen im öffentlichen Besitz oder Anstalten öffentlichen Rechts), deren Kreditaufnahme nicht von der Schuldenbremse erfasst wird.

Schließlich diskutiert der SVR in seinem Gutachten Handlungsoptionen, wie die Transformation der Wirtschaft gestaltet werden kann. Es gilt dabei,

- zur Transformation zu befähigen (Bildung, Weiterbildung, Verbesserung der Rahmenbedingungen für Gründungen und geordnete Marktaustritte),
- ein geeignetes Umfeld für die Transformation zu schaffen (u.a. Tragfähigkeit der Staatsfinanzen stärken, Geldpolitik normalisieren, EU-Binnenmarkt vertiefen, technologische Souveränität der EU sicherstellen, EU-weiter sektorübergreifender CO<sub>2</sub>-Preis, Evaluation im Bildungssystem) und
- die Chancen der Transformation zu nutzen (u.a. Aufbau bilateraler Technologiepartnerschaften, bessere Bedingungen für Datenteilung und -nutzung, Digitalisierung der Verwaltung, Infrastrukturausbau für digitale und klimaneutrale Wirtschaft, Erhöhung des Wettbewerbs auf Plattformmärkten).

## 1.4 Eckdaten der Prognose für Deutschland

<i>Sofern nicht anders angegeben preisbereinigt, Veränd. gg. Vj. in Prozent</i>	2020	Prognose Sachverständigen- rat	
		2021	2022
Bruttoinlandsprodukt	-4,6	+2,7	+4,6
Private Konsumausgaben	-3,2	+0,6	+5,1
Konsumausgaben des Staates	+3,5	+2,5	+0,1
Ausrüstungsinvestitionen	-11,2	+5,1	+6,8
Bauinvestitionen	+2,5	+1,2	+2,6
Sonstige Anlageinvestitionen	+1,0	+0,9	+4,5
Exporte	-9,3	+7,9	+6,6
Importe	-8,6	+8,1	+7,1
Exportüberschuss, nominal, in Mio. Euro	192,8	185,0	160,0
Verbraucherpreise	+0,5	+3,1	+2,6
Produktivität je Stunde	+0,4	+1,3	+1,4
Unternehmens- u. Vermögenseinkommen, nominal	-10,2	+14,0	+7,0
Arbeitnehmerentgelt, nominal	-0,2	+3,3	+5,0
Bruttolöhne u. -gehälter, nominal	-0,7	+3,3	+5,0
Nettolöhne u. -gehälter, nominal	-0,1	+3,9	+5,5
Lohnstückkosten, real	+1,8	-2,0	-1,1
Erwerbstätige, in Tsd.	44.898	44.892	45.374
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, in Tsd.	33.579	33.824	34.286
Arbeitslose, in Tsd. (nationale Definition)	2.695	2.633	2.367
Arbeitslosenquote (in Prozent aller inländischen Erwerbspersonen)	5,9	5,7	5,1

### Ansprechpartner

**Volker Leinweber**

Leiter Volkswirtschaft

Telefon 089-551 78-133

Telefax 089-551 78-91-133

volker.leinweber@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de